

alten Kohlepartei SPD. „Es ist grundfalsch, den Eindruck zu erwecken, wir hätten das Klimaziel aufgegeben“, sagte er. Es sei „ein Fehler, die Umwelt gegen die Wirtschaft zu stellen“.

Gabriel weiß, welcher Konflikt auf ihn zukommt. „Es geht um 50 000 Arbeitsplätze“, beschwor er seine Abgeordneten, „aber genauso wichtig ist, dass wir zusammenbleiben.“ Er werde als Wirtschaftsminister nicht anders auftreten als damals als Umweltminister. Gewiss sei aber auch: „Wir werden keine staatlichen Eingriffe vornehmen, die Kohlekraftwerke stilllegen.“

Genau das aber wollen viele in der SPD. In einem offenen Brief an die Parteispitze fordern mehrere verdiente Öko-Vordenker, darunter Erhard Eppler, Ernst Ulrich von Weizsäcker oder der frühere Forschungsminister Volker Hauff, ein Bekenntnis zum 40-Prozent-Ziel. „Diese nationale Maßnahme ist auch deshalb wichtig, weil die Ende Oktober beschlossenen Klima- und Energieziele der EU für 2030 leider viel zu wenig ehrgeizig sind und bei der Energieeinsparung unverbindlich bleiben“, heißt es in dem Papier.

In der Kritik bricht sich auch der Verdross über einen Parteivorsitzenden Bahn, der immer häufiger im Alleingang die Parteilinie vorgibt. Ende vergangener Woche versammelte sich der linke Flügel der Partei in Magdeburg. Dort rumort es schon seit Längerem, weil man Gabriel einen zu autoritären Führungsstil vorwirft. Die Linken sind aber auch grundsätzlich unzufrieden mit der Linie des Vorsitzenden. In einem Programmpapier heißt es: „Wir sind überzeugt: Hektische und unsouveräne Versuche, die Programmatik der SPD wieder nach rechts zu verschieben, um damit eine vermeintliche Mitte anzusprechen, sind – das zeigen unsere Erfahrungen – der falsche Weg.“

Gabriel hält das für Unsinn. Die schwarz-gelbe Vorgängerregierung sei schuld, wenn das 40-Prozent-Ziel nicht eingehalten werden könne, sagt er. Er weiß allerdings auch, dass dies nur die halbe Wahrheit ist. Deshalb könnte das Aktionsprogramm, das am 3. Dezember verabschiedet werden soll, eine Reihe von Luftbuchungen enthalten. Mit stark überhöhten Potenzialen für die Energieeffizienz und einer gestreckten Zeitachse. Schon jetzt hält Gabriel „eine Betrachtung über das Jahr 2020 hinaus für sinnvoll – zum Beispiel bis 2030“.

Darüber hinaus könnte jener Strom herausgerechnet werden, der zwar in deutschen Kohlekraftwerken entsteht, aber in die Nachbarländer exportiert wird. Es wäre einer jener Taschenspielertricks, die Gabriel mit besonderer Freude aufgedeckt hätte – als er noch in der Opposition saß.

Horand Knaup, Gerald Traufetter

Neue Wege in die Tiefe

Erdgas Die Koalition hat das Verbot von Fracking abgeräumt. Eine Wissenschaftlerkommission soll die umstrittene Gasförderungsmethode erlauben dürfen.

Es ist ein ohrenbetäubender Kampf, der sich an diesem Nachmittag zwischen Maschinen und den Urgewalten der Natur abspielt. Ein Dutzend riesige Trucks stehen auf einem Grasfeld in der Nähe der texanischen Stadt Fort Worth, auf ihren Hän- gern rattern dieselgetriebene Pumpen.

Inmitten des infernalischen Lärms steht ein kleiner, dünner Mann in blauem Kittel und mit weißem Schutzhelm. Mit fachmännischem Blick betrachtet er die Szenerie. „Das sind die Kompressoren“, brüllt Michael Vassiliadis gegen den Krach an. „Die produzieren den Druck, mit dem der Fels hier unter uns aufgesprengt wird.“

Vassiliadis ist Chef der mächtigen Gewerkschaft IG Bergbau, Chemie, Energie und befindet sich gerade auf Bildungsreise. Er will sich beim Ölmulti ExxonMobil das Fracking ansehen. Das ist die neue Art von Gasförderung aus unkonventionellen Lagerstätten, die in den USA einen Energieboom ausgelöst hat.

Vassiliadis zählt zu den einflussreichsten Befürwortern der Technologie, die in Deutschland von Umweltverbänden und Bürgerinitiativen bekämpft wird. Für ihn ist das eine Dämonisierung. „Wir können das Potenzial der Technologie für unsere Wirtschaft nicht einfach beiseitewischen“, sagt Vassiliadis.

Derzeit sieht es so aus, als hätten sich Vassiliadis und seine Mitstreiter durchgesetzt. Vergangenen Donnerstag entstand unter Anleitung von Kanzleramtsminister Peter Altmaier ein Kompromiss, mit dem das ursprünglich geplante Fracking-Verbot ausgehebelt wird. Das Gesetz soll noch 2014 durch den Bundestag.

Ursprünglich wollten Umwelt- und Wirtschaftsministerium Fracking praktisch verbieten, indem sie es erst ab 3000 Meter Tiefe zulassen – wo es in Deutschland

kaum mehr lohnende Schiefergas-Lagerstätten gibt.

Doch Gewerkschaften und Industrieverbände intervenierten, und Altmaier durfte übernehmen. Neben Vassiliadis und dem BDI-Präsidenten Ulrich Grillo machte sich vor allem der wirtschaftsfreundliche Flügel der Union unter Michael Fuchs für das Fracking stark. Wochenlang wurde im Geheimen verhandelt.

Die jetzt erzielte Lösung ermöglicht das Fracking durch eine Hintertür. Demnach wird das 3000-Meter-Verbot ersatzlos gestrichen. Stattdessen soll eine Wissenschaftlerkommission gebildet werden, die künftig über Anträge von Energiekonzernen für Probebohrungen berät.

Stellt dieses mit sechs Gelehrten besetzte Gremium eine „absolute Unbedenklichkeit“ fest, dann soll auch in Deutschland gefracked werden, etwa im nördlichen Nordrhein-Westfalen oder in Niedersachsen, wo sich die größten Vorkommen befinden. Um die Kritiker zu besänftigen, wird das Moratorium für kommerzielle Fracking-Bohrungen, das zunächst nur bis 2021 gelten sollte, unbefristet in das Gesetz geschrieben. Auch damit wird sich die Kommission beschäftigen, in die auch Geologen der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) sowie unabhängige Wissenschaftler aufgenommen werden sollen. Die BGR, dem Wirtschaftsministerium unterstellt, hat in der Vergangenheit stets die Gefahren des Fracking als überschaubar dargestellt.

Zudem zeichnet sich ab, dass die Kommission per Mehrheit über Anträge entscheidet – auch das ein Sieg der Befürworter. Schließlich kann nicht die Stimme eines einzelnen kritischen Wissenschaftlers ein Fördervorhaben aufhalten.

Der Kompromiss trägt die Handschrift von Kanzleramtsminister Altmaier. Der hatte, damals noch als Bundesumweltminister, eine Kommission zur Suche eines atomaren

Endlagers ins Leben gerufen. Analog dazu wird nun die Verantwortung für künftige Fracking-Bohrungen auf die Wissenschaft abgewälzt.

Die Lösung dürfte auch Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) gefallen. Er verfolgt einen industrie-freundlichen Kurs. Gabriel kann sich dabei auf die Industrieabteilung seines Hauses verlassen, in der viele Fracking-Freunde arbeiten.

Ein Ministerieller sagt: „In den letzten Tagen ging es nur darum, eine Lösung zu finden, bei der auch das Umweltministerium sein Gesicht wahren konnte.“

Horand Knaup, Gerald Traufetter



Gewerkschafter Vassiliadis*
Lange Geheimverhandlungen

* An einer Fracking-Bohrstelle im texanischen Fort Worth.